

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei unsere Antworten zu den Wahlprüfsteinen der KAB. Die leichte Verspätung bitte ich zu entschuldigen.

Mit solidarischen Grüßen

Niels Holger Schmidt

1) Aus unserer Sicht ist die Stadtverwaltung in vielen Bereichen massiv unterpersonalisiert. Wie eine Anfrage der LINKEN im Rat der Stadt ergeben hat, werden in jedem Jahr Überstunden im fünfstelligen Bereich geleistet. Die Un-Unterpersonalisierung betrifft auch den kommunalen Ordnungsdienst. Das überschießende Problem mit schwarzen Müllkippen zeigt das immer deutlicher. Wir haben entsprechend bei den Haushaltsberatungen auch zusätzliche Einstellungen beantragt. Das wurde aber von den Mehrheitsparteien abgelehnt.

2) Wie eine Anfrage der LINKEN im Rat der Stadt im Jahre 2015 ergeben hat, hat die städtische Baugesellschaft GBB in zehn Jahren ganze 63 Sozialwohnungen errichtet. Das zeigt: Die Stadt hat lange Zeit ihre Mitwirkung auf dem Wohnungsmarkt praktisch eingestellt. Das halten wir für unverantwortlich. DIE LINKE hat daher in den zurückliegenden Jahren bei den Haushaltsberatungen jeweils ein eigenes kommunales Wohnungsbauprogramm mit einem Volumen von 5 Millionen Euro jährlich beantragt. Leider haben auch das die Mehrheitsparteien abgelehnt.

3) Die Aufnahme einer großen Zahl von Menschen, die Leib und Leben in Sicherheit bringen mussten, hat zweifellos erhebliche Belastungen mit sich gebracht. Allerdings hat die Stadtgesellschaft in diesem Zusammenhang auch Großes geleistet und ihre Menschlichkeit und Solidarität unter Beweis gestellt. Problematisch war die sehr ungleichmäßige Verteilung der Unterkünfte und angemieteten Wohnungen über das Stadtgebiet und ein krasses Übergewicht im Bottroper Süden. Dies entsprang auch aus übergeordneten Rechtsregelungen, die von der Stadt selbst nicht zu beeinflussen waren, etwa was mögliche Unterkunfts-kosten betrifft. Ferner wurden die Kommunen mit einem erheblichen Teil der Kosten von Bund und Land allein gelassen. Dies muss künftig verhindert werden, um negative Entwicklungen in der Stadtgesellschaft zu vermeiden. Dies vorausgesetzt, gehen wir davon aus, dass es auch künftig möglich wäre, humanitäre Hilfe durch die Aufnahme von Menschen, die ihr Leben durch Flucht, etwa aus Kriegsgebieten, retten müssen, zu leisten.

4) Dazu haben wir jüngst eine Ratsanfrage an den Oberbürgermeister gerichtet. Ergebnis: Die Stadt kann keine Mitteilung darüber machen, wie viele Fälle von Corona-Infektionen sie mit dem Personal im Gesundheitsamt tatsächlich nachverfolgen kann. Die zum Zeitpunkt der Anfrage 21 bis 29 Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsamt, die sich um solche Aufgaben können, entsprang keiner eigentlichen Kalkulation, sondern nur einer Rahmenregelung des Landes. Insofern haben wir ernsthafte Zweifel, dass die Kapazitäten aktuell ausreichen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mehrheitsparteien es im Hauptausschuss der Stadt abgelehnt haben, alle Menschen in Bottroper Bildungseinrichtungen wöchentlich auf das Corona-Virus zu

testen, um frühzeitig Ausbrüche unterbinden zu können. Wir halten die Politik von Oberbürgermeister Tischler und seinen Unterstützern in SPD und CDU für grob fahrlässig.

5) Zur Belebung der Innenstadt sollte es unserer Auffassung nach ein erweitertes und regelmäßiges Angebot von kostenlosen Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel geben. Daneben muss der im Ruhrgebiet einzigartige Wochenmarkt besser vermarktet werden.

Schließlich müssen der Pflegezustand und die Sauberkeit deutlich verbessert werden. Auch dies leidet unter dem Personalabbau bei der Stadt.

6) Wir lehnen verkaufsoffenen Sonntage ab und haben immer im Rat der Stadt dagegen gestimmt. Wir haben durch Anfragen und Anträge zu dem Thema, etwa was die Gefälligkeitsgenehmigungen für die Sonntagsöffnungen bei Möbel Ostermann betrifft, auch dazu beigetragen, dass die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage inzwischen fast halbiert wurde. Hilfreich wäre es, wenn künftig Kirchen und kirchliche Verbände gegenüber dem Rat und dem Oberbürgermeister darauf dringen würden, auf die Sonntagsöffnungen zu verzichten und entsprechende Stellungnahmen gegenüber der Stadt abgeben würden.

7) DIE LINKE hat im Rat beantragt, die Taktfrequenz der Busse erheblich zu verkürzen und etwa eine Halbierung zu erreichen. Ferner haben wir beantragt, ein 365 Euro-Jahresticket einzuführen, wie es jüngst zum Beispiel in Nürnberg auf Antrag der LINKEN eingeführt wurde. Leider wurde hier in Bottrop beides von den Mehrheitsparteien abgelehnt. Darüber hinaus wollen wir den Wiederaufbau eines Straßenbahnnetzes in die Nachbarstädte und eine neue Express-Tram-Verbindung zwischen Bottrop und Kirchhellen.

8) DIE LINKE hat die massiven Streichungen, die die Mehrheitsparteien CDU und SPD im Rahmen des sogenannten „Stärkungspaktes“ in den letzten Jahren im Jugendbereich beschlossen haben, massiv kritisiert. Gleiches gilt zum Beispiel für die Streichung des Zuschusses zum Schulesen oder die Schließung von Stadtteilbibliotheken. Die zurückliegenden Jahre waren keine guten für die Zukunftschancen der jungen Menschen in Bottrop. Aus unserer Sicht ist der Wiederaufbau einer guten Struktur mit Angeboten für Jugendliche dringend notwendig. Gleiches gilt für die Erweiterung von Ausbildungsmöglichkeiten etwa bei der Stadt, denn noch immer herrscht Lehrstellenmangel. Schließlich ist der wirtschaftspolitische Kurs von Bernd Tischler und seinen Unterstützern nicht geeignet, jungen Menschen eine gute, dauerhafte Perspektive zu bieten. Die Mehrheitsparteien setzen aktuell bei Ansiedlungen auf Niedriglohnbranchen wie Freizeitwirtschaft oder Logistik. Das sind aber Jobs, die weit schlechter bezahlt werden als Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe und größtenteils nicht existenzsichernd sind.

Wir müssen künftig bei Ansiedlungen auf unseren knappen Gewerbeflächen einen Fokus auf die Qualität von Beschäftigung legen, damit die jungen Menschen auf für Jahre und Jahrzehnte mit ihren Familien ein gutes Auskommen finden.